

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag: Eduard C. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Direktor (in Amd. & Hoadestadt): Carl Meißel, Berlin. Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt. Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhofs 5600-5608, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3086-3095. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Verhandlungen zur Regierungsbildung.

Wahrscheinlichkeit eines Geschäftskabinetts.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich sind Mitte Dezember erfolglos geblieben und auf den Januar verlegt worden, weil nach dem Beschlusse der Deutschen Volkspartei, sich nur an einer Reichstagsliste zu beteiligen, und dem Zentrum, der einen Reichstagsloß ablehnte, bei der Zusammenfassung des neuen Reichstages eine Mehrheitsbildung sich als unmöglich erwies. Zwischen Weichmann und Neujahr hat sich darin nichts geändert, die Schwieberteil einer Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage sind die größten Hindernisse. Man hat heute auf dem alten Pfad. Der ineffiziente Auftrag des Reichstagspräsidenten an Reichstagsminister, die Parteien über ihre Stellungnahme zur Reichstagsbildung zu sondieren und eventuell auch die Neubildung des neuen Reichstagsministeriums zu versuchen, hat noch Günstigkeit, trotzdem die Sondierungen im Dezember ein negatives Ergebnis gebracht haben. **Marg ist gestern und heute vom Reichstagspräsidenten empfangen worden.** Die Ansprachen hatten wiederum die Möglichkeit einer Regierungsbildung zum Gegenstande. Eine offizielle Betätigung des Herrn Marg ist auch heute noch nicht erfolgt. **Aber in ineffizienten Auftrage wird der Reichstagspräsident jetzt seine Bemühungen fortsetzen.**

Es dürfte, nach den Erfahrungen, die Herr Marg bei seinen Ansprachen mit den Parteiführern im Dezember gemacht hat, kaum wieder in der Richtung einer parlamentarischen Kombination gehen. **Die Lösung der Krise wird jetzt in der Bildung eines von den Parteien und Fraktionen losgelassen, „auswahlfähigen“ Geschäftskabinetts gesucht.** Der Gedanke ist nicht neu, seine Ausführung schon während der verflochtenen Legislaturperiode mehrfach versucht worden und ist einmal auch verwirklicht worden: im Kabinett Cuno. Die Erfahrungen, die man mit der Regierung Cuno gemacht hat, sollten eigentlich sprechen. Aber es ist ein immerhin wesentlicher Unterschied zu vergleichen: Während Cuno nicht nur mit dem parlamentarischen Boden, sondern auch mit den Fragen der großen Politik, die damals im Vordergrund standen, völlig unversandt war, hat an die Spitze des kommenden Geschäftskabinetts wieder Herr Marg treten, der nicht nur mit dem Parlament vertraut ist, sondern auch ein bestimmtes, genau bekanntes innen- und außenpolitisches Programm hat. Die Koalition der Mitte ist infolge der Reichstagsforderung der Deutschen Volkspartei auseinandergebrochen und zurzeit nicht wieder herzustellen. **Aber die Politik der Mitte kann und soll darum doch fortgesetzt werden, weil sie die einzig mögliche ist und im Reichstags auf die Unterstützung einer starken Mehrheit rechnen darf.** Die ein parlamentarischer Kabinett bei den gegebenen Verhältnissen nicht erlangen könnte.

Beständiger Bedanke bei den Bemühungen um ein Geschäftskabinetts wird also die Sicherung der Politik der bisherigen Mitte ohne eine Koalition der Mitte sein. Ob der Reichstagspräsident, aber es seine Entschlüsse über die Zusammenlegung des Geschäftskabinetts folgt, sich mit den Parteien noch einmal in

Verbindung setzen oder ob er ohne Rücksichtnahme mit den Forderungen des Reichstagspräsidenten seine Vorschläge unterbreiten wird, ist zur Stunde noch eine offene Frage, die aber vielleicht heute abend schon beantwortet sein wird. **Auf jeden Fall dürfte in das Geschäftskabinetts die Mehrzahl der bisherigen Reichsminister übernommen werden.** Es wird sich eigentlich nur um eine Ergänzung des Reichstagskabinetts handeln; um die Befreiung jener Parteiführer, die bereits frei sind Reichstags- und Reichsministeramt. **Insoweit jener, die bei einer Neubildung der Regierung unter allen Umständen frei werden: Reichsminister des Innern (Dr. Jaeger) als Oberbürgermeister nach Duisburg zurück) und Reichstagsminister des Innern (Dr. S. am tritt in die Privatwirtschaft über).** Die Auswahl der Persönlichkeiten für diese vier Reichsministerien wird dem Reichstagspräsidenten die Möglichkeit geben, den Charakter seines Kabinetts als eines Geschäftskabinetts zu unterstreichen und bei Sicherung der Fortführung des bisherigen politischen Programms nicht nur den Parteien der Mitte, sondern auch den Gliederparteien die kostliche Unterbrechung der Reichsregierung zu erleichtern.

Der Deutschen Volkspartei hilft diese Lösung aus der Gasse, in die sie sich verannt, die Deutschnationalen dürften auch keine allzu großen Schwierigkeiten machen. So groß auch bei ihnen das Gehören nach den Ministerstellen ist, so gering ist die Verlangen nach der Übernahme der Verantwortung für die äußere Politik, für die sie ja doch nur das Rezept der Mitte und nicht das des Deutschen Volkspartei annehmen könnten. **Es wäre ihnen sogar lieber, daß die Aenderen die Politik machen, die notwendig ist, und sie selbst die darüber Möglichkeit beibehalten, alles in Grund und Boden zu veranlassen.** Die Deutschnationalen haben wenig Interesse für die Regierungsbildung im Reich, um so mehr aber für die neuen Landtage als alte Regierungsvorsteher. Die Deutschen Volkspartei hat aber schließlich, ihre beiden Minister, den Finanzminister Dr. A. Brücker und den Kultusminister Dr. Voellig, abzugeben. Die Demission der beiden Herren ist aber bisher noch nicht erfolgt. **Wahrscheinlich wollen die Fraktionen des preussischen Landtages abwarten, wie sich die Dinge im Reich entwickeln, und aus der Form der Regierungsbildung im Reich ihre Schlussfolgerungen ziehen.**

Die Preussen wider vor den neuen Landtag die alte Regierungsvorsteher. Die Deutschen Volkspartei hat aber schließlich, ihre beiden Minister, den Finanzminister Dr. A. Brücker und den Kultusminister Dr. Voellig, abzugeben. Die Demission der beiden Herren ist aber bisher noch nicht erfolgt. **Wahrscheinlich wollen die Fraktionen des preussischen Landtages abwarten, wie sich die Dinge im Reich entwickeln, und aus der Form der Regierungsbildung im Reich ihre Schlussfolgerungen ziehen.** Die Deutschen Volkspartei hat aber schließlich, ihre beiden Minister, den Finanzminister Dr. A. Brücker und den Kultusminister Dr. Voellig, abzugeben. Die Demission der beiden Herren ist aber bisher noch nicht erfolgt. **Wahrscheinlich wollen die Fraktionen des preussischen Landtages abwarten, wie sich die Dinge im Reich entwickeln, und aus der Form der Regierungsbildung im Reich ihre Schlussfolgerungen ziehen.**

Es dürfte, nach den Erfahrungen, die Herr Marg bei seinen Ansprachen mit den Parteiführern im Dezember gemacht hat, kaum wieder in der Richtung einer parlamentarischen Kombination gehen. **Die Lösung der Krise wird jetzt in der Bildung eines von den Parteien und Fraktionen losgelassen, „auswahlfähigen“ Geschäftskabinetts gesucht.** Der Gedanke ist nicht neu, seine Ausführung schon während der verflochtenen Legislaturperiode mehrfach versucht worden und ist einmal auch verwirklicht worden: im Kabinett Cuno. Die Erfahrungen, die man mit der Regierung Cuno gemacht hat, sollten eigentlich sprechen. Aber es ist ein immerhin wesentlicher Unterschied zu vergleichen: Während Cuno nicht nur mit dem parlamentarischen Boden, sondern auch mit den Fragen der großen Politik, die damals im Vordergrund standen, völlig unversandt war, hat an die Spitze des kommenden Geschäftskabinetts wieder Herr Marg treten, der nicht nur mit dem Parlament vertraut ist, sondern auch ein bestimmtes, genau bekanntes innen- und außenpolitisches Programm hat. Die Koalition der Mitte ist infolge der Reichstagsforderung der Deutschen Volkspartei auseinandergebrochen und zurzeit nicht wieder herzustellen. **Aber die Politik der Mitte kann und soll darum doch fortgesetzt werden, weil sie die einzig mögliche ist und im Reichstags auf die Unterstützung einer starken Mehrheit rechnen darf.** Die ein parlamentarischer Kabinett bei den gegebenen Verhältnissen nicht erlangen könnte.

Beständiger Bedanke bei den Bemühungen um ein Geschäftskabinetts wird also die Sicherung der Politik der bisherigen Mitte ohne eine Koalition der Mitte sein. Ob der Reichstagspräsident, aber es seine Entschlüsse über die Zusammenlegung des Geschäftskabinetts folgt, sich mit den Parteien noch einmal in

Englische Auffassungen.

Die „Times“ antworten der „Börsigen Zeitung“.

Die „Börsige Zeitung“ hatte am Mittwoch morgen die Stellung Englands zur Währungsfrage und seine Begründung für die vorläufige Nichtübernahme der Kölner Zone behandelt. **Mit diesem Artikel der „Börsigen Zeitung“ hat sich am Donnerstag die englische Presse lebhaft beschäftigt.** Die meisten Wähler begrüßen sich damit, dem Aufstoß ausführlich zu antworten. „Daily Telegraph“ und „Times“ aber fügen eingehende Kommentare hinzu. Der „Daily Telegraph“ fühlt sich verpflichtet, von der Zustimmung zum neuen Vorschlag gegen England“ zu sprechen und behauptet, die Billigung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und England durch den Deutschen Reichstag könnte Deutschland erheblich mehr schaden als England. **Auf diese sehr allgemeine Behauptungen einzugehen, erübrigt sich, sehr bemerkenswert wegen sind die Darlegungen des Berliner Korrespondenten der „Times“.** Wir geben sie nachfolgend nach einem Druckbericht des Londoner Vertreters der „Börsigen Zeitung“ wieder:

„Ich habe gute Gründe dafür, erklären zu können, daß die Darstellung der Zusammenhänge in meinem Widerspruch zu den Tatsachen liegt. Es ist bekannt, daß die englischen Offiziere der Mission, insoweit eigene Aktionen in Frage kommen, vorwiegend herein teilnehmenden Einfluss auf die Entscheidung gehabt haben. Die Zerstückelungsforderungen, die an die Industrie gestellt worden, sind von der Kontrollkommission als Ganzes gelehrt worden, und ich habe ferner gute Gründe, erklären zu können, daß die englischen Offiziere der Mission in keiner Weise durch Erwägungen sich haben leiten lassen, wie in dem fraglichen Zeitraume behauptet wird. Wenn der Wert der Anhaltstruppen, aus deren Beschaffung der Reichsministerien gelehrt wird, eine wesentliche Bedeutung für die wirtschaftliche Wohlfahrt des Reiches, wie angeblich wurde, so würde diese eine bedeutsame Unterstützung der Argumente bilden. Aber es ist im Gegenteil jeder Grund vorhanden, um anzunehmen, daß die geringe Bedeutung der Anlagen der Grund ist, warum man die Frage nur in allgemein gehaltenen Verurteilungen behandeln sollte. Die Behauptung, daß die Mission in keinem Fall offizieller Ermunterung ausgedrückt, und die einzigen Schritte, die daraus zu ziehen ist, ist die, daß dies zu einem bestimmten, aber durchsichtigen Zweck geschieht. **Ob diese Behauptungen werden durch eine andere Behauptung eines anderen Charakteres in London abgelehnt werden, das heißt darin, daß der Handelsvertrag, der in London abgeschlossen wurde, nicht rechtlich bestätigt wird, und daß seine Ratifikation als ein Hebel benutzt werden kann, um die Währungsfrage zu lösen, ist ein Problem, das England regiert im allgemeinen nicht auf die Währungsfrage, die so latissim fassen. Aber es ist unwahrscheinlich, daß unter Welt dahin weiß, daß es erfolgen.** Diese Drohungen zulassen mit den Verpflichtungen der „Börsigen Zeitung“ sind ein Teil der beherrschenden Wirkungen, die durch die Verkopplung des Währungsproblems und der Militärkosten hervorgerufen werden. Was aus immer die ersten Währungs gemessen sein mögen, die Kräfte sind jetzt losgelassen, die am Werte sind, und die Aktion Englands in das internationale Recht zu ziehen und die Mittel zu erweiden, doch unsere Haltung nicht nur durch unsere eigenen Interessen, sondern durch die Interessen der niedrigen Art bittet werden. Eine Haltung, die man sie prüft, ausschließlich auf der Neutralität gegenüber anderen Mächten beruht, wird hier sogar in verantwortlichen Kreisen zu unferne Argumenten ausgeschloffen. Da der Bericht der Militärkontrollkommission, die die Währungsfrage in den Beziehungen zwischen England und Frankreich zu entscheiden, ist, ist die Entscheidung angelegt, daß diese Antwort auf diese Kritik nicht folgen werden, im Bericht mit so wenig Veränderung wie möglich zu berücksichtigen. Dagegen, die durch den Bericht hindurchwaten werden — und dies wird keine leichte Aufgabe sein — werden dann in der Lage sein, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden über die falschen Behauptungen, denen freier Lauf gelassen wird. So lang man den Wert der Währungsfrage nicht als ein Teil einer so offenen Charakter hat, wie die „Börsige Zeitung“ behauptet, wenn tatsächlich Schwierigkeiten in dem Umfang vorhanden sind, daß ihre Verwertung zu Friedenszwecken eine große Rolle im deutschen Wirtschaftsgebiet spielen würde, kann würde es zweckmäßig sein, derartige Darstellungen aus Acht zu ziehen. Es kann dann möglich sein, ein Artikel darüber zu fassen, ob die deutsche Regierung im Verzuge ist Begriffe klar, wieder zu rufen. Eine solche Entscheidung würde eine gute Wirkung haben. Sie würde die Ermöglichten gegen die Reaktion stärken, die Anstalten gegen die Generale von Greck und seine Truppen. Wenn er auch andererseits nicht einen so offenen Charakter trägt, so würde das Fiktion des Herrn Stresemann zugunsten von Verhandlungen und Kompromissen erwünschener sein.“

Frankreichs Prohibitivzölle.

Wahrscheinlichkeit der „Börsigen Zeitung“.

Paris, 2. Januar.
Das „Deuere“, das bereits gestern von der Möglichkeit eines bevorstehenden Tarifkrieges zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen und sich im allgemeinen über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen sehr pessimistisch geäußert hatte, erneuert heute seine Angriffe gegen die deutschen Verhandlungsmethoden in den französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Das Blatt beschuldigt den Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, daß er verusche, eine Erpressungsoption vorzunehmen und zu erklären, Deutschland werde so lange keinen Wirtschaftsvertrag mit Frankreich abschließen, so lange Frankreich die Beibehaltung der Befreiung der Kölner Zone verweigere.
„Geheimlich diesen Behauptungen des „Deuere“ kann festgestellt werden, daß Staatssekretär Trendelenburg ausdrücklich gegenüber dem französischen Wirtschaftsminister Marraud erklärt hat, daß die Haltung der deutschen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen nur keinerlei politischen Motiven beeinflusst sei.
Es ist in der Tat richtig, daß für das Kabinett Herrero in den Wirtschaftsbeziehungen eine recht schwierige Periode durchläuft hat. Die Verhandlungen über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen sind aber nicht nur allen Dingen aus Fragen rein rechtlicher Natur. Insbesondere ist die Frage zur Zoll-Union, die der deutschen Delegation nunmehr in ihrer Gesamtheit bekannt geworden ist und deren einzelne Positionen augenblicklich einer Prüfung unterliegen, derartig ge-

halten, daß für gewisse Produkte, die deutsche Industrie in hohem Maße interessieren, wie Maschinen usw., Minimumzölle festgesetzt werden sollen, die gerade prohibitiv in Natur sind.“ Unter diesen Umständen würde auch der Aufschuß eines Protektionszolls für die deutsche Industrie und den deutschen Ausfuhrhandel nur geringes Interesse bieten können. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie haben sich auf dem französischen Markt zunächst einmal Zug zu schaffen. Dies würde aber durch die neuen französischen Zollzölle vollkommen ausgeschloffen sein.
Die französische Delegation hat bisher den Standpunkt vertreten, daß es nicht in ihrer Kompetenz liegt, an der Zoll-Union irgendwelche Veränderungen vorzunehmen. Man sieht also im Augenblick noch nicht, welcher Ausgang gefunden werden könnte. Es wiederholen sich also bei den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ähnliche Schwierigkeiten, wie sie auch bei den französisch-holländischen, französisch-belgischen und französisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen guttente guttente sind. Die Anknüpfung, daß die deutsche Delegation aus politischen Gründen Obstruktion teile, ist vollkommen unbegründet.

Die Instruktionen für Ehrlich.

Wahrscheinlichkeit der „Börsigen Zeitung“.
am London, 2. Januar.
Am 5. Januar wird unter dem Vorbehalt von Wald in das Kabinett zu kommen, um die Instruktionen für Ehrlich aufzugeben, die am 6. Januar früh mit seinem Unterstaatssekretär, dem Schwerfälligen Steiner, und mehreren Vertretern zur Finanzminister-Konferenz nach Paris reisen wird.